

Protokoll
über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für
Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen am 21.02.2007

Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 19:20 Uhr
Ort: Stadthaus, Am Packhof 2-6,
Aufzug D, 6.Etage, Raum 6046

Anwesenheit

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Schwesig, Manuela SPD

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Güll, Gerd

ordentliche Mitglieder

Böttger, Gerd	Die Linkspartei.PDS
Renner, Monika	CDU
Teubler, Ulrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Zischke, Thomas	SPD

stellvertretende Mitglieder

Scharf, Gunter	Die Linkspartei.PDS	Ab TOP 3
----------------	---------------------	----------

Verwaltung

Czerwonka, Frank
Friske, Monique
Manke, Juliane
Rogmann, Jürgen
Schmülling, Wolfgang
Schöndube, Katja
Wollenteit, Hartmut
Schmidt, Doris

Leitung: Manuela Schwesig

Schriftführer: Juliane Manke

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 25. Sitzung vom 24.01.2007 (öffentlicher Teil)
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Frau Schwesig, die 1. Stellvertreterin des Vorsitzenden, eröffnet um 18.10 Uhr die Sitzung. Sie begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder sowie die Vertreter der Verwaltung. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist. Die Beschlussfähigkeit des Ausschusses ist gegeben. Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

- zu 2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 25. Sitzung vom 24.01.2007 (öffentlicher Teil)**

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift der 25. Sitzung vom 24.01.2007 (öffentlicher Teil) wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Bemerkungen:

Von der Verwaltung wird zu diesem Tagesordnungspunkt wie auch zu dem Tagesordnungspunkt 7 ein Informationspapier ausgegeben (Anlage 1), in dem die mündlichen Mitteilungen Herrn Wollenteits zusammengefasst für die Mitglieder des Ausschusses für Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen aufbereitet wurden.

1.

Ergänzend erläutert Herr Rogmann die Beweggründe des Landkreises Nordwestmecklenburg zur Verlagerung des Rettungsdienstes des Landkreises Nordwestmecklenburg an den Standort der Integrierten Leitstelle Schwerin. Er stellt dabei drei Vorteile heraus. Zum Einen wird die Effektivität durch die räumliche Zusammenlegung gesteigert. Weiterhin sollen Synergien bei der beabsichtigten Einführung der Doppik genutzt werden, da beim Rettungsdienst Nordwestmecklenburg bereits doppisch gebucht wird. Drittens sollen die unterschiedlichen Erfahrungen beider Parteien zu Nutze sein, insbesondere vor dem Hintergrund der anstehenden Funktional- und Kreisgebietsreform.

Zusätzlich informiert Herr Rogmann darüber, dass die Aufgabe des Rettungsdienstes mit In-Kraft-Treten des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes auf den künftigen Kreis übergeht. Im Zuge dessen zeichnen sich drei mögliche Szenarien ab, die in der entsprechenden Unterarbeitsgruppe des Projektgruppe 6 des Aufbaustabes Westmecklenburg diskutiert und bewertet werden sollen. Eine Darstellung der Unterarbeitsgruppen und den jeweiligen Teilnehmern liegt als Anlage 2 der Niederschrift bei.

1. Alternative: Der künftige Kreis wird Träger und nimmt die Aufgabe selbst wahr. Das entsprechende Personal der Landeshauptstadt Schwerin geht über.
2. Alternative: Der Kreis wird Träger, beauftragt aber einen externen Leistungserbringer. Die Landeshauptstadt Schwerin bewirbt sich als Leistungserbringer.
3. Alternative: Der Kreis wird Träger und überträgt die Aufgabe wieder auf die Landeshauptstadt Schwerin.

Hauptziel bei der Bewertung der unterschiedlichen Szenarien ist jedenfalls, dass bereits erzielte Effekte im Zuge der Interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich Rettungsdienst erhalten wenn möglich sogar gesteigert werden sollen.

2.

Bezüglich der Informationen zum Thema „Optionswahrnehmung“ informiert Herr Wollenteit darüber, dass sich eine Informationsvorlage der Verwaltung derzeit in der internen Abstimmung befindet und im Frühjahr 2007 in die politischen Gremien gelangen wird.

Im Ausschuss herrscht Einigkeit darüber, dass eine Befassung der jetzigen Stadtvertretung mit sämtlichen Optionsmöglichkeiten unerlässlich ist. Wenngleich erst die durch die Kommunalwahl 2009 legitimierte Stadtvertretung eine verbindliche Entscheidung zur Optionswahrnehmung im Bereich Sozialhilfe und freiwillige Jugendhilfe treffen kann, soll durch die derzeitigen Gremien eine

Beschlussempfehlung für die künftige Stadtvertretung formuliert werden.

In diesem Zusammenhang wünscht Herr Böttger Aussagen bezüglich der landesseitigen Zuschüsse zur Finanzierung der Volkshochschule.

3.

Herr Schmülling informiert auch über die positive Bilanz der Verhandlungen mit dem Landkreis Ludwigslust bezüglich der Kosten für den Bereich Kataster/Vermessung und Kfz-Zulassung. So werden der Landeshauptstadt Schwerin etwa 250.000 € erstattet.

zu 4 Sonstiges

Bemerkungen:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine Wortmeldungen.

gez. Manuela Schwesig

1. stellv. Vorsitzende/r

gez. Juliane Manke

Protokollführer